



#dieschmidt

der newsletter

23.04.2021

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

am vergangenen Sonntag haben wir gemeinsam an die Verstorbenen der Corona-Pandemie gedacht und den mittlerweile über 80.000 Toten ein Gesicht und eine Geschichte gegeben. Darunter sind nicht nur Großeltern, sondern auch Väter und Mütter, Onkel und Tanten, Freundinnen und Freunde. Ich drücke allen, die einen geliebten Menschen durch die Pandemie verloren haben, mein tiefempfundenes Mitgefühl aus. **Alles was wir tun, muss als erstes dem Schutz von Leben und Gesundheit dienen.**

Umso wichtiger ist es, dass wir jetzt, wo es durch den steigenden Impffortschritt Hoffnung auf ein Ende der Pandemie gibt, uns noch einmal anstrengen. Denn uns muss klar sein, umso schneller wir die steigenden Inzidenzen jetzt wieder senken, umso mehr Leben können wir retten und so die Gesundheit aller schützen. Wir haben deshalb in dieser Woche die Bundesnotbremse beschlossen und bundesweite Regelungen ab einem Inzidenzwert von 100 eingeführt. Mit den Ausgangsbeschränkungen können wir es schaffen, die Ausbreitung der Pandemie einzudämmen und Zeit für unser Gesundheitssystem zu gewinnen.

Keinem Land ist es bisher ohne Ausgangsbeschränkungen gelungen, die Infektionszahlen vor allem im Hinblick auf die Mutationen einzudämmen. Deshalb ist dies jetzt eine richtige und geeignete Maßnahme, die wissenschaftliche Evidenz hat und neben allen anderen Maßnahmen hilft, die Pandemie in den Griff zu bekommen. Doch was genau heißt der Inzidenzwert und welche Werte finden noch Berücksichtigung in der Bewertung der Lage? [Hierzu gibt es hier ein Video meiner Kollegin Sabine Dittmar, die die Werte ausführlich erklärt.](#)

Für alle ist die derzeitige Situation schwer. Ich danke allen, die Rücksicht nehmen, sich kümmern und andere durch die Einhaltung der Regeln schützen. Vor allem aber allen Pflegekräften und Ärztinnen und Ärzten, die erneut am oder über dem Limit arbeiten müssen, um die steigenden Patientenzahlen zu versorgen. **Olaf Scholz hat es am Mittwoch im Bundestag gesagt: Es gibt die berechtigte Hoffnung auf einen Sommer, der wahrscheinlich vieles wieder zulässt.** Wenn wir jetzt alle gemeinsam dafür sorgen, die Infektionen zurückzudrängen, können wir uns im Sommer wieder in Biergärten treffen und das schöne Wetter genießen. Gestern wurden 606.283 und damit in dieser Woche 3.450.072 Menschen geimpft, schon jetzt sind über 22% der aller Menschen in Deutschland erstgeimpft. Vorgestern wurde bekannt, dass die Impfpriorisierung voraussichtlich Anfang Juni aufgehoben werden kann, sodass sich dann alle Menschen impfen lassen können, die dies möchten. Das wird ein wichtiger Schritt, um zurück zur Normalität gelangen zu können.

Mit solidarischen Grüßen
Dagmar Schmidt, MdB

Corona: Die 3. Welle stoppen

Bundesregelungen zur Notbremse

ab 7-Tage-Inzidenz **über 100*** soll unter anderem gelten

Private Kontakte	Ein Haushalt trifft max. eine weitere Person	Körpernahe Dienstleistungen	Erlaubt: Medizinische und ähnliche Dienstleistungen; Frisüre/Fußpflege**
Ausgangsbeschränkung	Von 22 bis 5 Uhr, Sport alleine bis 24 Uhr erlaubt	Gastronomie	Nur Abholung und Lieferdienste
Einzelhandel (erweiterter täglicher Bedarf)	Begrenzte Kundenzahl je nach Größe des Geschäfts, mit Maske	Schulen	2x pro Woche Testen bei Wechselunterricht. Bei Inzidenz über 165* Unterricht zu Hause
Übriger Einzelhandel	Nur bis Inzidenz 150* Terminshopping möglich**		

*an drei aufeinander folgenden Tagen | **mit Test
© Bundesregierung

Gegen Steuertricks von Immobilienkonzernen



Leidtragende von Spekulationen mit Boden und Immobilien von Immobilienkonzernen sind vor allem Mieterinnen und Mieter, die auf der Suche nach bezahlbarem Wohnraum sind. Damit Immobilienkonzerne nicht auch noch durch Steuertricks profitieren, haben wir in dieser Woche ein Gesetz verabschiedet, das dem einen Riegel vorschiebt. Bisher konnten Immobilienkonzerne durch Steuertricks über Firmenkonstrukte die Grunderwerbssteuer umgehen. Dadurch hatten die Bundesländer Mindereinnahmen in Höhe von bis zu einer Milliarde Euro pro Jahr. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Schwelle von Anteilen, die verkauft werden muss, um die Steuer zu umgehen von bisher 95 auf 90 Prozent abgesenkt wird. Zudem verlängern wir die Frist, von 5 auf 10 Jahren, in denen die Grunderwerbssteuer fällig wird.

Für ein Recht auf schnelles Internet



Nicht nur durch die Pandemie, auch vorher schon wurde deutlich, dass in allen Teilen Deutschlands das schnelle Internet ausgebaut werden muss. Durch Home-Office und Home-Schooling wurde nochmal deutlich, dass wir flächendeckend schnelle Internetnetze benötigen, die nur durch schnelle Investitionen in unsere Netzinfrastruktur sichergestellt werden können. Wir haben deshalb in dieser Woche ein Gesetz beschlossen, das ein Recht auf schnelles Internet für alle fest schreibt. Zudem stärken wir die Rechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern: In Zukunft müssen Handy- oder Festnetzverträge monatlich kündbar sein, wenn die Mindestvertragslaufzeit abgelaufen ist, damit es nicht zu hohen Kosten kommt, wenn vergessen wird, Verträge zu kündigen.

Für bessere Teilhabe von Menschen mit Behinderung



Teilhabe an einer inklusiven Gesellschaft, in der alle Menschen mit und ohne Behinderung gleichberechtigt leben können, ist unser Ziel. Mit dem in dieser Woche abschließend beschlossenen Gesetz stärken wir erneut die Teilhabe von Menschen mit Behinderung. Assistenzhunde werden zukünftig Zugang zu allen öffentlichen Einrichtungen erhalten, gerne hätten wir auch erreicht, dass die Kosten für Assistenzhunde durch die Krankenkassen getragen werden, dies war aber leider mit der Union nicht möglich. Ich habe mich besonders dafür eingesetzt, dass das Budget für Ausbildung, auch für die Menschen gilt, die in Werkstätten arbeiten. Das Budget ermöglicht eine Förderung, wenn eine anerkannte Berufsausbildung oder eine Ausbildung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt aufgenommen wird. Dies gilt jetzt für alle Menschen, bisher konnten Menschen mit Behinderung in Werkstätten dies nicht in Anspruch nehmen.

Für bessere Transparenz von Abgeordneteneinkünften



Lange sind wir nicht vorangekommen – durch den Masken-Korruptionsskandal innerhalb der Union ging es plötzlich sehr schnell: Wir haben endlich eine stärkere Auskunftspflicht zur Verbesserung der Transparenz von Abgeordneten in dieser Woche auf den Weg gebracht. In Zukunft müssen Einkünfte aus Nebentätigkeiten oder Unternehmensbeteiligungen auf den Cent genau angegeben werden. Beteiligungen an Kapitalgesellschaften müssen bereits ab 5 und nicht wie bisher ab 25 Prozent angegeben werden. Auch Aktienoptionen müssen in Zukunft veröffentlicht werden, denn die Causa Amthor mit Verbindungen zu Augustus Intelligence hat gezeigt, dass auch diese Form von Nebeneinkünften transparent werden muss. ([...weiterlesen](#))

Für einen besseren Schutz von Kindern und Jugendlichen



Kinder und Jugendliche müssen besonders geschützt und gestärkt werden. Mit dem in dieser Woche beschlossenen Gesetz haben wir nach einem langen Beteiligungsprozess mit Fachverbänden, öffentlichen und freien Trägern auf Landes- und Bundesebene zentrale Verbesserungen beschlossen. Regelangebote in Kitas oder der Kinder- und Jugendarbeit sollen sich ab sofort inklusiv für alle Kinder mit und ohne Beeinträchtigung ausrichten. Kinder und Jugendliche, die außerhalb ihrer Familien leben und etwas verdienen, erhalten zukünftig einen Freibetrag in Höhe von 150€ für regelmäßige Einkommen. Verdienste aus gelegentlichen Ferienjobs oder einer ehrenamtlichen Tätigkeit werden komplett anrechnungsfrei. Zudem dürfen maximal 25 Prozent ihres Einkommens auf die Kosten der Erziehung angerechnet werden. Kinder und Jugendliche erhalten zudem mehr Rechte und ein stärkeres Mitspracherecht. Wir schaffen dafür zentrale Anlauf- und Beratungsstellen, an die sie sich wenden können.